

wie dem Hunsrück, der Eifel, der Westpfalz und Lothringen<sup>63</sup>. Gleichzeitig führte die Binnenimmigration zu einer Verschiebung der Konfessionsverhältnisse: Der Katholikenanteil in der ehemals protestantischen Grafschaft Nassau-Saarbrücken pendelte sich bis 1927 auf etwa 72% ein<sup>64</sup>, während in der Staats- und Grubenhierarchie weiterhin Protestanten dominierten. Diese Sozialstruktur hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien und Gewerkschaften: Trotz mehrfacher Versuche konnte die Sozialdemokratie im Saargebiet bis zum Weltkrieg kaum Fuß fassen. Konfessionelle Vorbehalte einerseits, die zugleich präventiv-fürsorgliche<sup>65</sup> und repressive<sup>66</sup> Betriebsordnung der Bergwerksdirektion und der saarländischen Schwerindustrie andererseits hemmten ebenso wie die Dezentralisierung und Heterogenität der Arbeiterschaft die Zuspitzung der sozialen Frage. Noch 1913 zählte die SPD im Revier gerade 800 Mitglieder, im Vorjahr hatte sie bei den Reichstagswahlen vernachlässigbare 5.800 Stimmen erreicht<sup>67</sup>. Zur eigentlichen Arbeiterpartei entwickelte sich das Zentrum, das anders als die Linksparteien und Freien Gewerkschaften über einen traditionsverhafteten Milieuzusammenhang mit einem hohen Maß an sozialer Kontrolle verfügte<sup>68</sup>. Zahlreiche Gewerkschaften und Fachvereine, unter denen der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ und der „Christliche Metallarbeiterverband“ naturgemäß die stärksten waren, trugen zur Integration der religiösen Arbeiterschaft in dieses Milieu bei<sup>69</sup>.

Die geographische Randlage der Saarregion brachte es mit sich, daß die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungszentren bis 1920 außerhalb des späteren Saargebietes lagen<sup>70</sup>. Behinderte das „System Stumm“ schon ohnehin die Bildung eines

---

<sup>63</sup> Vgl. KARBACH/ THOMES, S. 215 und S. 244 f. Mit 342 Menschen pro Quadratkilometer zählte das Saargebiet vor dem Weltkrieg zu den am dichtesten besiedelten Regionen des Deutschen Reiches: Vgl. SWS 5 (1931), S. 7.

<sup>64</sup> Vgl. Die Bevölkerung des Saargebietes, S. 390–397. Der Katholizismus erhielt an der Saar das Profil einer Unterschichtenreligion und Gegenbewegung zur preußisch-protestantischen Obrigkeit: Vgl. PAUL: Bastion im Westen, S. 27.

<sup>65</sup> Das patriarchalische System in „Saarabien“ mit seiner quasi-militärischen Disziplin auf den Gruben und Hütten gewährte der Arbeiterschaft außer Bauprämien und Werkwohnungen weitere, über die gesetzlichen Vorschriften hinausreichende Vergünstigungen und Leistungen: Vgl. MALLMANN/ STEFFENS, S. 35 ff.; KRAUSE-WICHMANN, S. 1–13; LINDEN, S. 123–140.

<sup>66</sup> Sowohl das dienstliche wie auch das private Leben der Arbeiterschaft sah sich strengen Reglementierungen ausgesetzt: Vgl. GABEL, S. 36–103.

<sup>67</sup> Vgl. MALLMANN: „Dies Gebiet ist bis jetzt noch eine vollständige terra incognita“. Nur wenig besser erging es den Freien Gewerkschaften: Vgl. MALLMANN: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar, insbesondere S. 47–130 und S. 242–315. Bereits ein Jahr vor dem reichsdeutschen Sozialistengesetz schlossen sich die Saarindustriellen unter Führung Stumms gemeinsam mit der Bergwerks- und Eisenbahndirektion zu einem „Komitee der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ zusammen. Schwarze Listen sorgten dafür, daß als sozialistisch gebrandmarkte Arbeiter auch in den anderen Betrieben keine Anstellung mehr fanden. Vgl. HORCH: Herr und Knecht im Hause Stumm.

<sup>68</sup> Vgl. MALLMANN/ STEFFENS, S. 182.

<sup>69</sup> Vgl. allgemein: SANDER. Zur Lage der Gewerkschaften während der Völkerbundszeit vgl. GABEL, S. 176–190.

<sup>70</sup> Die preußischen Landräte waren der Bezirksregierung in Trier, ihre bayerischen Kollegen der Speyerer Kreisregierung verantwortlich und die Bergwerksdirektion Saarbrücken dem Bonner Oberbergamt unterstellt. Zur Fremdbestimmung vgl. BOHR, S. 141 ff.; MALLMANN: Borussia, S. 20 f.